

Prenzlauer Berg

Pankow

Weißensee

**Gemeinsam,
bunt, besser!**

Programm
zur Wahl der
Bezirksverordneten-
versammlung 2016

DIE LINKE.

Inhalt

1. Für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung	4
1.1 Gutes Wohnen für alle	4
1.2 Kommunales Wohnen muss sozial sein	5
1.3 Wohnungsneubau muss bezahlbar sein	6
1.4 Eine lebenswerte Stadt braucht öffentliche Räume zum Leben	7
1.5 Räume für Kultur und Gewerbe	7
1.6 Wohnortnahe Versorgung und Kleingewerbe erhalten	8
2. Mobil in Pankow	8
2.1 Für einen zügigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs	9
2.2 Mehr Sicherheit für Fuß- und Radverkehr	9
2.3 Ein verbessertes Verkehrsnetz im gesamten Bezirk	10
3. Ökologisch und klimafreundlich in Pankow	11
4. Miteinander in Pankow	11
4.1 Für eine bürgernahe und transparente Pankower Verwaltung	12
4.2 Engagiert für Pankow	13
4.3 Engagiert gegen Armut	14
4.4 Ein lebenswertes Pankow braucht soziokulturelle Infrastruktur	14
4.5 Für ein gesundes und inklusives Pankow	15
4.6 Integrativ für Pankow	16
5. Willkommen in Pankow	16
5.1 Konsequenz gegen Diskriminierung	17
5.2 Engagiert gegen rechts	18
6. Lebenslanges Lernen	18
6.1 Kita – Bildung von Kindesbeinen an	20
6.2 Angebote für Kinder und Jugendliche	20
6.3 Für mehr und qualitativ bessere Schulplätze	21
6.4 Offensiv für Ausbildung	22
6.5 Für starke Musik- und Volkshochschulen	23
6.6 Künste und Kunstschaaffende	23
6.7 Kunst- und Kulturhäuser	24
6.8 Museum und Gedenken	25
6.9 Bibliotheken	25
7. Sport	26



Liebe Pankowerinnen und Pankower,

Sie haben es gut getroffen. Sie leben in Pankow. Unser Bezirk ist schön und abwechslungsreich. Hauptstadt und Dorf, Altbau und Platte. Weltoffen und kiezverbunden. Kultur und Kleingarten. Das hat sich herumgesprochen.

Wir alle merken, wie sich unsere Kieze verändern. Sie werden schöner und voller und teurer. Sie werden bunter und jünger. Familien und Studierende leben ebenso gern in Pankow wie Ältere und Alleinlebende.

Das alles braucht kluge politische Begleitung und Steuerung, damit Menschen mit kleinem Geldbeutel nicht unter die Räder kommen und weiter verdrängt werden.

Ein wachsender Bezirk braucht mehr Kitas und Schulen, bezahlbaren Wohnraum, einen Ausbau der Verkehrsangebote bei Bus und Bahn sowie bei Rad- und Fußwegen. All das muss politisch erstritten werden. Als LINKE kennen wir dabei unseren Auftrag.

Wir stehen klar an der Seite derjenigen, die zur Miete wohnen, auf soziale Infrastruktur wie Begegnungsstätten, Bibliotheken oder Nachbarschaftszentren angewiesen sind und im Ehrenamt das gesellschaftliche Leben Pankows gestalten. Neubauprojekte werden wir daran messen, was sie zur sozialen Wohnraumversorgung leisten. Soziale Gerechtigkeit, Gemeinsinn und Solidarität sind unser Kompass.

Kriege in aller Welt, der Kampf um Rohstoffe und Einfluss, der Profit aus Waffenexporten haben einen hohen Preis. Menschen müssen fliehen und suchen Schutz auch hier bei uns. Für uns LINKE sind die Prioritäten klar: Waffenexporte verbieten, Fluchtursachen bekämpfen, die Opfer achten und als Geflüchtete versorgen und Integration ermöglichen. Dazu gibt es keine Alternative. Die Arbeit der Pankower Willkommensinitiativen wollen wir daher stärker unterstützen und den Kampf gegen rechts offensiv führen.

Wir wollen Politik mit Ihnen gestalten und Beteiligung auf Augenhöhe ausbauen. Dafür brauchen wir miteinander eine funktionierende öffentliche Verwaltung, die in der Lage ist, ihre Aufgaben zu bewältigen. Dafür wollen wir mehr Personal und eine Finanzierung der bezirklichen Aufgaben, die nicht nur Löcher stopft, sondern die Infrastruktur auch weiterentwickelt.

Wenn Sie all das ähnlich sehen, bitte ich Sie: Gehen Sie am 18. September 2016 zur Wahl und wählen Sie DIE LINKE. Mit allen drei Stimmen.

Sören Benn, Spitzenkandidat DIE LINKE. Pankow

1. Für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung

Pankow wächst. Immer mehr Menschen ziehen nach Pankow. Das freut uns. Unser Bezirk wird jeden Tag bunter und vielfältiger. Gleichwohl ist dies auch mit Schattenseiten verbunden. Überall in unserem Bezirk werden Baulücken geschlossen und Flächen versiegelt. Immer mehr Miet- werden in Eigentumswohnungen umgewandelt. Die Mieten steigen von Jahr zu Jahr. Viele Mieterinnen und Mieter wurden in die Randbezirke verdrängt. Die »Berliner Mischung« geht damit verloren. Steigende Mieten führen jedoch nicht nur bei denjenigen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, dazu, dass sie sich Pankow nicht mehr leisten können. Auch Normalverdienenden fällt es inzwischen schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Oftmals geht mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für die Miete drauf.

Die Gewinninteressen von Bodenspekulation, Immobilienhandel und Bauwirtschaft bestimmen derzeit die städtebauliche Entwicklung viel zu stark, ohne dass die Politik dem im Interesse aller Grenzen setzt. Durch kurzsichtigen politischen Aktionismus im Wohnungsbau befördert sie diese Dynamik noch. Die damit einhergehenden Herausforderungen für die Versorgung mit kommunaler Infrastruktur – wie die Bereitstellung von ausreichenden Kitaplätzen, den Erhalt notwendiger Freiflächen und sinnvolle ökologische Verkehrslösungen – werden dabei nicht ausreichend mitbedacht.

Wir LINKEN meinen: Pankow braucht eine verantwortungsvoll die Zukunft gestaltende Stadtplanung. Wir treten für eine aktiv steuernde Kommunalpolitik ein, bei der eine langfristige und tragfähige sowie soziale und ökologische Stadtentwicklung im Mittelpunkt steht. Gute Wohn- und Lebensverhältnisse in Pankow muss es für alle statt nur für Gutverdienende geben.

Mit dem Wohnungsneubau muss die Entwicklung der sozialen, schulischen, kulturellen und verkehrlichen Infrastruktur Schritt halten. Gleiches gilt für die Versorgung mit Grün- und Freiflächen sowie für die Entwicklung von Handel und Gewerbe. Das erfordert eine weitsichtige Planung und politische Steuerung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dazu bedarf es nicht zuletzt eines breiten, offenen und öffentlichen Diskurses mit den Bürgerinnen und Bürgern.

1.1 Gutes Wohnen für alle

Pankow gehört zu den Bezirken mit dem stärksten Mietpreisanstieg. Die Verdrängung alteingesessener Einwohnerinnen und Einwohner aus ihren Kiezen ist kein auf den Ortsteil Prenzlauer Berg begrenztes Problem mehr. Sie ist heute in vielen Wohngebieten Pankows bedrängender Alltag.

DIE LINKE. Pankow steht für Mieter- statt Renditeschutz. Wir wollen gutes Wohnen für alle. Um der Verdrängung entgegenzuwirken, wollen wir die Milieuschutzgebiete auf alle von sozialer Verdrängung betroffenen Wohngebiete ausweiten. Zwar können soziale Erhaltungsgebiete die Immobilienspekulation nicht abschaffen, sie wirken aber dennoch dämpfend. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss so weit wie irgend möglich unterbunden werden.

DIE LINKE will die Mietpreis- und Belegungsbindung in Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und im geförderten Wohnungsbau konsequent durchsetzen.

Auch nicht jede Luxusmodernisierung muss genehmigt werden.

Der durchschnittliche Ausstattungsstandard nach dem Berliner Mietspiegel soll die Grundlage für die Genehmigung von Modernisierungen bilden. Mietpreistreibende, überflüssige Maßnahmen sollten nicht erlaubt werden. Genehmigungen für die energetische Sanierung sollten nur für solche Maßnahmen erteilt werden, die tatsächlich den Energieverbrauch mindern und für Mieterinnen und Mieter finanziell tragbar sind. Modernisierungsumlagen sollten daher die Energiekosteneinsparung nicht übersteigen. Der Zweckentfremdung von Wohnraum muss Einhalt geboten werden, denn durch spekulativen Leerstand und den gewerblichen Betrieb von Ferienwohnungen geht Wohnraum verloren.

1.2 Kommunales Wohnen muss sozial sein

In Pankow verfügen die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften über einen großen Wohnungsbestand. Gleichwohl sind die Mieten in den letzten Jahren auch dort stark gestiegen. Das ist für Haushalte mit geringem Einkommen nicht mehr tragbar. DIE LINKE will den sozialen Mieterschutz in den kommunalen Wohnungen verbessern. Kommunales Wohnen muss soziale Maßstäbe für alle Mietwohnungen in Pankow setzen. In den Verträgen zwischen dem Bezirksamt und den Wohnungsbaugesellschaften muss deshalb eine sozialverträgliche Durchführung von Sanierungsmaßnahmen verankert werden. Es darf keine Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung geben, und die Bruttowarmmiete darf 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens nicht überschreiten. Modernisierungsvereinbarungen müssen die Lebensumstände der Mieterinnen und Mieter berücksichtigen. Sie müssen maßvoll sein und sich gerade bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften am durchschnittlichen Ausstattungsstandard des Mietspiegels orientieren. Duldungsklagen sollen die absolute Ausnahme nach Ausschöpfen aller Möglichkeiten einer sozialverträglichen Einigung sein. Zwangsräumungen in die Wohnungslosigkeit darf es nicht geben.

DIE LINKE unterstützt Mieterinitiativen wie den Pankower Mieterprotest und das Pankower Mieterforum sowie die Bildung von

Mieterräten und -beiräten in den kommunalen Gesellschaften. Sie wird deren Anliegen in der Bezirksverordnetenversammlung und in der Öffentlichkeit zur Geltung bringen.

1.3 Wohnungsneubau muss bezahlbar sein

Neue Wohnungen werden in Pankow fast ausschließlich im hochpreisigen Segment und überwiegend als Eigentumswohnungen gebaut. Sie sind nicht geeignet, das soziale Wohnungsproblem im Bezirk zu mildern. DIE LINKE tritt stattdessen für eine erhebliche Ausweitung des kommunalen Wohnungsbaus ein, der der sozialen Wohnraumversorgung von Mieterinnen und Mietern mit geringem Einkommen dient. In kommunalen und mit Fördermitteln errichteten Wohnbauten sowie bei komplexen Wohnungsbauvorhaben sind verbindliche Auflagen für die Herstellung von barrierefreiem, seniorinnen- und seniorenrechtlichem und dabei bezahlbarem Wohnraum zu erteilen, deren Erfüllung zu kontrollieren ist.

Wohnungsneubau, ob privat oder öffentlich, soll dazu beitragen, die Lebens- und Wohnqualität für alle Pankowerinnen und Pankower zu verbessern. Generell ist bei allen Bauvorhaben die Einhaltung ausnahmslos aller Auflagen zu kontrollieren. Unverzichtbare Maßstäbe bei großflächigen Neubauvorhaben in Pankow sind für DIE LINKE eine nachhaltige Bodennutzung und eine adäquate Bebauungsdichte. Wohnungsneubau muss sich harmonisch in bestehende Wohnviertel einfügen, ohne dass es zu einer Minderung von Wohn- und Lebensqualität kommt. Er bedarf einer guten verkehrlichen Erschließung durch den öffentlichen Personennahverkehr und der notwendigen sozialen, kulturellen und schulischen Infrastruktur. Wohnungsneubau muss ebenso mit neuen Grün- und Freiflächen, mit notwendigen Spiel- und Begegnungsflächen verbunden sein sowie stadtklimatische und ökologische Belange des Bezirks und der Stadt berücksichtigen.

Einige der geplanten Wohnungsbauvorhaben in Pankow werden diesen Maßstäben derzeit nicht gerecht. Dies betrifft die Elisabeth-Aue, die Michelangelostraße, den Thälmannpark oder den Mauerpark. Bürgerinnen und Bürger, die sich im Interesse nachhaltig guter Wohn- und Lebensverhältnisse mit diesen Vorhaben kritisch auseinandersetzen, werden wir weiterhin aktiv unterstützen. DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass die sachlichen Argumente der Bürgerinitiativen in einem ergebnisoffenen Diskussionsprozess angemessene Berücksichtigung finden. Dies werden wir bereits im Planungsverfahren für das Pankower Tor und dessen Bebauung einfordern.

Wir wollen das Stadtgebiet Thälmannpark – Fröbelstraße – Anton-Saefkow-Park als »Grüne Mitte« des Ortsteils Prenzlauer Berg entwickeln.

1.4 Eine lebenswerte Stadt braucht öffentliche Räume zum Leben

Eine lebenswerte Stadt braucht lebenswerte öffentliche Räume. Öffentliche Räume müssen für alle da sein. Hierzu gehören der Erhalt und Ausbau wohnortnaher Spiel-, Sport- und Begegnungsflächen. Neue Wohnquartiere müssen mit solchen Flächen ausreichend ausgestattet sein. DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass die vorhandenen Spiel- und Begegnungsflächen regelmäßig instand gehalten werden. Auch Initiativen für temporäre Spielstraßen haben unsere Unterstützung.

Grünanlagen und -flächen sowie Kleingarten- und Erholungsflächen sind unverzichtbare Bestandteile einer nachhaltigen Entwicklung des Wohnumfeldes. Sie tragen zur Lebensqualität sowie zur Erholung von Menschen bei. Vorhandene Grünflächen sind daher zu erhalten und zu pflegen. DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass dazu ausreichend Personal und die notwendigen technischen Hilfsmittel bereitgestellt werden. Darüber hinaus regen wir an, für die Pankower Grünflächen ein Planungsinstrument ähnlich dem Pflege- und Entwicklungsplan für Naturschutzflächen zu schaffen. Zudem sind Kleingärten keine Baulandreserve. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der städtischen grünen Infrastruktur. DIE LINKE. Pankow wird sich daher auch weiterhin dafür einsetzen, dass Kleingarten- und Erholungsanlagen durch die Aufstellung von Bebauungsplänen dauerhaft gesichert werden. Zudem finden Nachbarschaftsgärten und interkulturelle Gärten unsere Unterstützung.

1.5 Räume für Kultur und Gewerbe

Ateliers und Werkstätten, Bühnen und Probenräume sind ein prägender Bestandteil des Stadtlebens in Pankow. Sie zu erhalten, ist eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe.

Mit der Anspannung des Wohnungsmarktes ist eine raumgreifende Umwandlung von Gewerberäumen in renditeträchtigere Wohnungen verbunden, womit den weniger zahlungskräftigen Freiberuflerinnen und Freiberuflern aus dem Kunst- und Kreativbereich die Arbeitsgrundlagen entzogen werden. So sind leider in den letzten Jahren Bühnen, Berliner Eckkneipen und Clubs infolge der Gentrifizierung ersatzlos verschwunden. Bewohnerinnen und Bewohner teurer Eigentumswohnungen klag(t)en mit Erfolg gegen Lärm von veranstaltungsbedingten Menschenansammlungen auf die Schließung von Standorten. Andere Clubs behaupten sich oder planen Neubauten in der Nähe des Mauerparks. DIE LINKE setzt sich für die Sicherung dieser kulturellen Infrastruktur ein. Sie ist ein wichtiger Teil des Berliner Wirtschaftslebens und prägt maßgeblich den Charakter des Bezirks.

DIE LINKE befürwortet, dass durch stadtplanerische Instrumente die Mischung aus Wohnen und Gewerbe erhalten bzw. wiederhergestellt wird. Die Schaffung und der Ausbau von Atelierräumen in öffentlichen

Immobilien – ein Beispiel ist das Atelierhaus Prenzlauer Promenade – sind durch die Bezirkspolitik zu befördern.

Veranstaltungsorte wie Clubs, Theater, Musikbühnen sind mit planungs- und bauordnungsrechtlichen Mitteln vor Verdrängung durch Wohnnutzung und vor Ansprüchen der neuen Nutzerinnen und Nutzer zu schützen. Bei Neuansiedlungen sind Nutzungsgefährdungen rechtlich auszuschließen.

1.6 Wohnortnahe Versorgung und Kleingewerbe erhalten

Die Verknappung des Gewerberaumangebots durch Umnutzung in Wohnungen führt bei zunehmender Nachfrage in vielen Stadtteilen Pankows zu stark steigenden Gewerbemieten. Insbesondere freiberufliche Kunst- und Kulturschaffende, kleingewerbliche Handwerksbetriebe und der Einzelhandel können in der Konkurrenz zu Gastronomiebetrieben, umsatzstarken Handelsketten und Betrieben hochpreisiger Sortimente nicht mithalten und werden verdrängt.

DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass – wie bei Wohnungsmieten – Angebote landeseigener Gesellschaften mietpreisdämpfend wirken. Sie unterstützt die Bestrebungen von gemeinnützigen Stiftungen und genossenschaftlichen Projekten, preiswerte Gewerberäume anzubieten. Darüber hinaus sollten die geringen Möglichkeiten des Gewerbe- und Planungsrechts effektiv genutzt werden, um eine gemischte Gewerbestruktur zu erhalten bzw. zu schaffen.

Das dynamische Wachstum der Wohnbevölkerung erfordert eine weitsichtige Steuerung der wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Bodenpolitik und Stadtplanung sind entsprechend einzusetzen. Insbesondere bei der Errichtung neuer Wohngebiete ist für eine angemessene Ausstattung mit Nahversorgungsangeboten Sorge zu tragen. In Planverfahren ist mittels städtebaulicher Verträge mit den Bauherren neben der sozialen Infrastruktur auch die der Nahversorgung zu sichern.

2. Mobil in Pankow

In Berlin sind schon heute mehr Menschen mit Bussen und Bahnen, dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs als mit dem privaten PKW. Dem muss die Politik endlich Rechnung tragen. Die Zeiten einer autogerechten Stadt- und Verkehrsplanung müssen wir endlich und endgültig hinter uns lassen. Planungen wie der Autobahnninnenstadtring A100 oder zusätzliche Autotangenten zwischen den Bezirken sind schon heute ökologischer und ökonomischer Unsinn. Die dafür aufgewandten Mittel gehören in die Pflege und den Ausbau einer zukunftsfähigen, den modernen Anforderungen entsprechenden Verkehrsinfrastruktur. Gleichzeitig müssen die Herausforderungen einer wachsenden Stadt auch verkehrstechnisch angenommen und gemeistert werden.

2.1 Für einen zügigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Wir stehen deshalb für eine Stärkung des öffentlichen, insbesondere des schienengebundenen Personennahverkehrs. Bestehende Lücken im Straßenbahnnetz müssen geschlossen und neue Quartiere für die Straßenbahn erschlossen werden. Insbesondere setzen wir uns für die Verlängerung der Straßenbahn von Rosenthal nach Wittenau ein. Zudem muss eine Querverbindung vom Pankower Zentrum nach Heinersdorf und Weißensee geschaffen werden. Gleiches gilt für eine Verbindung des Pankower Zentrums über die Wollankstraße mit dem U-Bahnhof Turmstraße. Auch die Takte im bestehenden Straßenbahnnetz müssen verdichtet werden.

DIE LINKE. Pankow tritt für eine Verlängerung der S-Bahnlinie S 75 bis zur Sellheimbrücke ein, um die Ortsteile Karow und Blankenburg besser an den öffentlichen Verkehr anzubinden. Den geplanten Kreuzungsbahnhof »Karower Kreuz« lehnen wir ab. Er hat weder im Regionalbahn- noch im S-Bahnnetz eine verkehrliche Funktion. Für DIE LINKE hat vielmehr der Wiederaufbau des zweiten Gleises nach Bernau Vorrang. Auch der Ortsteil Buch ist besser für den öffentlichen Nahverkehr zu erschließen.

Für den Ortsteil Blankenburg wollen wir die Einrichtung einer sogenannten Kiezbuslinie, die alle Siedlungsteile mit dem Bahnhof Blankenburg verbindet.

Die Reaktivierung der Stammstrecke der »Heidekrautbahn« und deren Anbindung an den Fernbahnhof Gesundbrunnen bleibt notwendig und ist in den Bundesverkehrswegeplan einzuordnen. Der Wiederaufbau der Stammstrecke muss den Interessen der unmittelbar Betroffenen im Ortsteil Wilhelmsruh hinsichtlich Schall- und Erschütterungsschutz Rechnung tragen.

Die Umsteigemöglichkeiten zwischen den verschiedenen öffentlichen Verkehrsträgern sind weiter zu verbessern. Dabei kommt der Barrierefreiheit an Haltestellen ein hoher Stellenwert zu. Sichere Haltestellen für Tram und Bus sind schnell und unkompliziert umzusetzen.

Dazu gehört auch ein neues Haltestellenkonzept unterhalb des sogenannten Magistratsschirms für die Straßenbahn in der Schönhauser Allee.

2.2 Mehr Sicherheit für Fuß- und Radverkehr

Im Straßenverkehr brauchen die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer Unterstützung. Dies betrifft gerade Kinder, Ältere und Radfahrende. Die Verbesserung des Zustands der Fußwege, zügigere Reparaturen und die behindertengerechte Ausgestaltung von Gehwegen sowie mehr Sicherheit im Radverkehr sind daher – zu Recht – Forderungen vieler Pankowerinnen und Pankower.

DIE LINKE. Pankow befürwortet deshalb Gehwegvorstreckungen. Sie ermöglichen einen besseren Einblick in die Straße. Mit verlängerten Ampeltaktzeiten können insbesondere Kinder und ältere Menschen Straßen sicherer überqueren. Wir treten für eine möglichst flächendeckende Einführung von Countdown-Ampeln ein. Sie zeigen an, wie lange die Rotphase noch dauert. Damit können insbesondere Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer effektiver als bisher von der gefährlichen Kreuzungsüberquerung bei Rot abgehalten werden.

Ebenso machen wir uns dafür stark, dass die jüngsten Pankowerinnen und Pankower in Kita und Schule auch weiterhin eine Verkehrserziehung erhalten. Nicht zuletzt tritt DIE LINKE für den Erhalt und den Ausbau der Jugendverkehrsschulen ein. Erfreulich ist, dass der Radverkehr in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Gleichwohl steht dafür bislang nicht mehr Verkehrsraum zu Verfügung. Daher setzt sich DIE LINKE. Pankow für einen deutlichen Ausbau des Radwegenetzes ein: Hierzu gehören eine Verbreiterung bereits bestehender Radwege sowie die Einrichtung von Radstreifen auf der Fahrbahn. Zudem setzen wir uns für die Einrichtung von mehr Radabstellanlagen an öffentlichen Verkehrsknotenpunkten und an Einkaufszentren ein.

2.3 Ein verbessertes Verkehrsnetz im gesamten Bezirk

Verkehrsberuhigung, Lärm- und Emissionsschutz sowie die Reduzierung von motorisiertem Individual- und Schwerlastverkehr sind für DIE LINKE. Pankow wichtige Ziele. Daher treten wir für eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs, insbesondere in Wohngebieten, ein. Der Verkehrsberuhigung und der Entschleunigung des Verkehrs sowie dem Ausbau von Begegnungszonen räumen wir Vorrang ein. Hierzu gehört die umfassende Umsetzung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten.

DIE LINKE. Pankow tritt für eine schrittweise Reduzierung des motorisierten Pendlerverkehrs ein. Die Angebote für »Park and Ride« sind daher vor allem an den S-Bahnhöfen in Heinersdorf, Blankenburg und Buch zu verbessern. In Buch und Karow benötigen wir hierzu neu zu eröffnende Standorte. In Heinersdorf muss der »Park-and-ride-Platz« besser an den S-Bahnverkehr und an den Straßenbahnverkehr angebunden werden.

Eine weitere Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk erachtet DIE LINKE. Pankow derzeit für nicht notwendig. Allerdings muss die Parkraumbewirtschaftung künftig stärker mit verbesserten Angeboten für Car-Sharing verbunden werden.

Lärmschutz an den neuralgischen Fernbahn- und S-Bahnstrecken ist ein Zugewinn an Lebensqualität. Dazu sind entsprechende Maßnahmen konsequenter zu verfolgen.

DIE LINKE unterstützt daher Anwohnerinnen und Anwohner in ihrem Anliegen, dass die Deutsche Bahn aufgrund des zunehmenden Güterverkehrs in Buch, Karow und Blankenburg die notwendigen Investitionen in Lärminderung und Schallschutz tätigt.

3. Ökologisch und klimafreundlich in Pankow

Pankow war der erste Bezirk in Berlin mit einer Windkraftanlage, die auch mit Unterstützung der LINKEN im Jahre 2008 errichtet wurde. Mittlerweile gibt es in Pankow und damit in Berlin ein zweites Windrad. Um die Klimaziele für Berlin zu erreichen, ist der Einsatz erneuerbarer Energien zwingend notwendig. DIE LINKE. Pankow setzt sich daher für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen sowie von Photovoltaik- oder Solarwärmeanlagen in unserem Bezirk ein. Windkraftanlagen könnten beispielweise auf den Flächen entlang der Autobahn oder Photovoltaik- und Solarwärmeanlagen auf öffentlichen Gebäuden geplant werden. Auch die Errichtung einer Biogasanlage im Bezirk wollen wir erneut prüfen.

Pankow hat sich in den letzten Jahren für die Erarbeitung und Umsetzung kommunaler und privater Energiesparstrategien stark gemacht. DIE LINKE. Pankow setzt sich weiterhin dafür ein, dass Schulen, Jugendfreizeit- und Kultureinrichtungen gemeinsam mit ihren Nutzerinnen und Nutzern Handlungsstrategien für Energieeinsparungen entwickeln. Klima- und Artenschutz sowie ein schonender Umgang mit der natürlichen Umgebung sind Leitlinien der Arbeit der LINKEN. Geprüft werden sollte deshalb der Beitritt Pankows zu den »Kommunen für biologische Vielfalt«. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Renaturierung der Panke als ökologisch sinnvolles Unternehmen. Zudem setzen wir uns für den Schutz der Bucher Moorlinse ein. Weitere Beeinträchtigungen und Schädigungen der Flora und Fauna dieses Schutzgebietes durch illegal parkende Kraftfahrzeuge müssen verhindert werden.

4. Miteinander in Pankow

Pankow ist ein Bezirk der Vielfalt. Das betrifft auch seine Kieze. Dicht bebaute Gründerzeitviertel, dörfliche Strukturen und Hochhaus-siedlungen – viele Pankowerinnen und Pankower fühlen sich mit ihrem direkten Umfeld stark verbunden. Sie engagieren sich für den Zustand ihrer Straßen und Plätze, für Schulen und Treffpunkte. Sie helfen alten und neuen Nachbarn. Pankow ist auch durch seine vor Ort erlebbare tolerante und weltoffene Atmosphäre ein begehrter Bezirk. Aber die Kluft zwischen denen, die gut verdienen, und denen, die in prekären Verhältnissen leben, wird größer. Auch in Pankow gibt es Menschen,

die trotz Arbeit arm und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Sie sind häufig von Ausgrenzung betroffen. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung werden sie verdrängt. Seit Pankow als Investitionsobjekt mit hohen Renditeerwartungen ausgemacht wurde, werden Mieterinnen und Mieter zu Opfern von Spekulation. Sie müssen ihre Wohnung, ihre vertrauten Orte und Nachbarn verlassen, weil sie sich steigende Mieten nicht mehr leisten können.

Hier wird ein Miteinander zerstört, das über Jahrzehnte gewachsen ist. DIE LINKE. Pankow will jedoch die soziale Mischung in allen Kiezen Pankows erhalten.

Es darf nicht sein, dass Menschen mit unterschiedlichen Ressourcen gegeneinander ausgespielt werden, dass kommunale Einrichtungen an ihre Leistungsgrenzen kommen, weil Personaleinsparpläne höher bewertet werden als der Service an Bürgerinnen und Bürgern.

Wir wollen für das wachsende Pankow eine gute Versorgung mit kommunalen Einrichtungen und eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur. Wir brauchen eine Verwaltung, die für die Bürgerinnen und Bürger da sein kann.

Das sind Grundlagen für ein tolerantes, weltoffenes und soziales Miteinander, die das Leben in der Stadt erst richtig lebenswert machen. Solche Standards sind nicht selbstverständlich. Sie sind gefährdet, wenn es keine Menschen gibt, die sich für ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung einsetzen. Wir tragen dafür Sorge, dass nicht private Einzelinteressen, Interessen der wirtschaftlichen Verwertung und das Ellenbogenprinzip die Politik dominieren, sondern dass das Gemeinwesen gestärkt wird.

In allen Feldern der Kommunalpolitik steht DIE LINKE. Pankow für Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit von Frauen.

Wir werden weiter daran arbeiten, mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz für kommunalpolitisches Handeln zu verwirklichen.

4.1 Für eine bürgernahe und transparente Pankower Verwaltung

Wer kennt das nicht: Keine Chance auf einen baldigen Termin beim Bürgeramt, die Bewilligung von Wohngeld dauert Monate, Verwaltungsbeschäftigte, die Kundinnen und Kunden ihren Stress spüren lassen ...

DIE LINKE hat den Personalnotstand in den Bezirksämtern früh thematisiert. Er behindert eine bürgerfreundliche und schnelle Bearbeitung von Anliegen, den Einsatz von Investitionsgeldern und führt bei den Beschäftigten zu einem überlastungsbedingten hohen Krankenstand. Das Wissen der Beschäftigten, die altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden, geht verloren, wenn Neueinstellungen nicht rechtzeitig vorgenommen werden und ein Wissenstransfer an neues

Personal nicht erfolgen kann. So büßt die Berliner Verwaltung schon heute ihre Kompetenz ein und setzt ihre Handlungsfähigkeit in der Zukunft aufs Spiel.

DIE LINKE. Pankow setzt sich für eine leistungsfähige, bürgernahe und barrierefreie Bezirksverwaltung ein. DIE LINKE hat mit ihrem Konzept »Gute Arbeit. Gute Verwaltung.« Vorschläge für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst unterbreitet, der die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge stemmen kann. Dazu gehören kompetentes, freundliches und interkulturell geschultes Personal, mehr Neueinstellungen, einfachere behördliche Formulare und geeignete Hilfsmittel für die Verständigung mit Menschen mit Beeinträchtigungen. Pankow braucht schon heute weit mehr qualifiziertes Personal, als es selbst ausbildet oder auf dem Arbeitsmarkt verfügbar ist. Und: Wenn ein Bezirk wie Pankow wächst, muss auch die Verwaltung wachsen.

Wir stehen dafür ein, bezirkliche Entscheidungen und Vorhaben transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Gelebte Demokratie benötigt eine umfassende und rechtzeitige Information, transparentes Verwaltungshandeln, eine sachkundige Beratung sowie die Bereitstellung öffentlicher Räume für die Selbstorganisation der interessierten Öffentlichkeit.

4.2 Engagiert für Pankow

Mieterinnen- und Mieterinitiativen, Frauenprojekte, antirassistische Arbeit, Unterstützungskreise für Geflüchtete, Ehrenamtliche in Kleingärten und Kiezvereinen, bei der Feuerwehr, in Sport-, Bildungs- und Kulturvereinen, selbstorganisierte Aktivitäten von Seniorinnen und Senioren oder Menschen mit Behinderungen, Elternarbeit in der Schule und vieles mehr machen das gesellschaftliche Leben in Pankow aus. Mit ihrem Engagement für das Gemeinwohl halten ehrenamtlich Engagierte unsere Gesellschaft zusammen.

DIE LINKE. Pankow unterstützt dieses Engagement. Den Ehrenamtlichen und den zivilgesellschaftlich Aktiven wollen wir die für ihre Arbeit notwendigen Ressourcen sichern. Wir setzen uns für den Erhalt von Freiwilligenagenturen sowie der Stadtteil- und Nachbarschaftszentren und für die Schaffung barrierefreier Begegnungsorte in Wohnortnähe ein. Die Vergabe der Ehrenamts- und Freiwilligenkarte muss unbürokratischer werden. Für Pankow wollen wir ein Ehrenamtsbüro zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements einrichten. Die Verwaltung muss für Vereine, Projekte und Initiativen ein effizienter Dienstleister sein, der verbindlich mit den Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern umgeht und unmittelbar erreicht werden kann.

DIE LINKE. Pankow ist überzeugt: Die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit von Frauen bedarf einer eigenständigen, aktiven Frauen- und Gleichstellungspolitik. Sie ist mit deutlich höheren materiellen und personellen Ressourcen auszu-

statten, um den Mitwirkungsmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten, der Frauenprojekte und des Frauenbeirats Pankow mehr Kraft zu geben. DIE LINKE. Pankow will die paritätische Beteiligung und Mitbestimmung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und in allen Gremien stärken.

4.3 Engagiert gegen Armut

Wenn von Pankow die Rede ist, dann meist als »Aufsteigerbezirk«. Aber auch in unserem Bezirk zeigt sich die soziale Schere zwischen Menschen mit hohem Einkommen und Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit nicht von ihrem Einkommen leben können, also prekär beschäftigt sind. Mehr als 37 000 Menschen, darunter viele Kinder, sind auf SGB-II-Leistungen angewiesen. Immer mehr Pankowerinnen und Pankower bedürfen der Sozialhilfe, darunter der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, und der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Diese Menschen sind arm. Armut bedeutet Ausgrenzung. DIE LINKE. Pankow setzt sich konsequent dafür ein, dass soziale Ungerechtigkeit nicht aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt wird. Wir stehen für den Erhalt von Unterstützungsangeboten, die den sozialen Zusammenhalt und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Daher wollen wir die öffentliche Finanzierung der Schuldnerberatung sichern. Den Berliner Krisendienst, die Angebote der Obdachlosen- und Kältehilfe sowie Notübernachtungen und Suppenküchen wollen wir unterstützen.

Der Berlinpass hat sich auch in Pankow bewährt. Damit erhalten Transfergeldempfangende einen vergünstigten Eintritt zu Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten. Damit ist der Berlinpass auch ein Instrument im Kampf gegen die Folgen von Kinderarmut. Leider gibt es derzeit nur 29 Pankower Einrichtungen, in denen der Berlinpass gültig ist. Wir werden auch künftig dafür werben, dass die Gültigkeit des Berlinpasses auf weitere Angebote, beispielsweise auf Sportvereine und Kultureinrichtungen, ausgeweitet wird. Landesweit machen wir uns stark dafür, dass der Berlinpass auch von Wohngeldempfangenden genutzt werden kann.

4.4 Ein lebenswertes Pankow braucht soziokulturelle Infrastruktur

Unser Bezirk Pankow wächst. Seine demografische und soziale Zusammensetzung hat sich verändert. Die öffentliche Infrastruktur des Bezirks muss mit dieser veränderten Entwicklung Schritt halten. Wir brauchen auch in Zukunft bedarfsgerechte Beratungs- und Hilfsangebote.

Pankows soziokulturelles Rückgrat sind hierbei die Familien-, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren, die Begegnungsstätten für

Seniorinnen und Senioren, die Jugend- und Frauenprojekte, die interkulturellen und Migrantinnen- und Migrantenprojekte, die Projekte für wohnungslose Menschen und Beratungsstellen. Sie bieten Raum für soziale Kommunikation, Beratung und Vernetzung, Schutz und Selbstorganisation, Zugang zu kostengünstigen kulturellen und sozialen Angeboten sowie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese für unser Gemeinwesen und den sozialen Zusammenhalt im Kiez so wichtige Arbeit bedarf der Ausweitung, der Verstärkung und einer angemessenen, tarifgerechten Bezahlung. Dafür wollen wir Sorge tragen.

Auch der Anteil der älteren Pankowerinnen und Pankower wird größer. Die Politik muss deshalb die Wohnungswirtschaft, den Einzelhandel, die Träger der sozialen Betreuungseinrichtungen wie auch den öffentlichen Nahverkehr auf die Bewältigung der mit dieser Altersgruppe verbundenen spezifischen Bedürfnisse orientieren. Öffentliche Einrichtungen in Pankow müssen endlich für unterschiedlichste Beeinträchtigungen barrierefrei sein. Die Mitwirkungsmöglichkeiten und die Selbstvertretung von Seniorinnen und Senioren müssen ausgebaut und qualifiziert werden. Angesichts der wachsenden Zahl hochbetagter Menschen muss der aufsuchenden Seniorinnen- und Seniorenarbeit mehr als bisher Beachtung geschenkt werden.

4.5 Für ein gesundes und inklusives Pankow

Der öffentliche Gesundheitsdienst wird seit Jahren geschleift. Das Gesundheitsamt kann seine Aufgaben deshalb nur noch bedingt erfüllen. Das hat im wachsenden Pankow insbesondere Folgen für den Kinder- und Jugendgesundheitschutz. Es fehlt an qualifiziertem medizinischen Personal für die Schuleingangsuntersuchungen und den Impfschutz. Aber auch bei der medizinischen Versorgung von Geflüchteten fehlt es an allen Ecken und Enden. Daher hat DIE LINKE schon seit Langem darauf hingewiesen, dass der öffentliche Gesundheitsdienst zu einem attraktiven Arbeitgeber für medizinisches Personal ausgebaut werden muss.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der sozial-psychiatrischen Dienste ein. Gleiches gilt für den ständig wachsenden Beratungsbedarf in Sachen Pflege. DIE LINKE. Pankow ist für die Einrichtung weiterer Pflegestützpunkte zusätzlich zu den beiden bereits bestehenden Stützpunkten. Zudem ist für eine öffentliche Gesundheitsvorsorge eine regelmäßige Berichterstattung zur Armuts- und zur Gesundheitsentwicklung im Bezirk unerlässlich.

DIE LINKE. Pankow will gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Hierzu gehört u. a. der Abbau von Seh- und Hörbarrieren sowie von Mobilitätshindernissen. Wir brauchen barrierefreie

Zugänge zum Nahverkehr, zum Straßenland und zu öffentlichen Einrichtungen genauso wie eine einfache Sprache in Formularen und eine gemeinsame Schule für alle. Auch die Mobilitätshilfendienste bedürfen der Absicherung. DIE LINKE. Pankow unterstützt den Behindertenbeirat Pankow. Inklusion ist ein Gewinn für alle.

4.6 Integrativ für Pankow

Zugewanderte Menschen stehen alle vor ähnlichen Herausforderungen: Sie müssen sich in einer für sie neuen Umgebung zurechtfinden und sich in diese für unterschiedlich lange Zeit integrieren. Für DIE LINKE. Pankow ist Integration ein wechselseitiges Miteinander von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderten. Dieser Prozess erfordert von beiden Seiten die Bereitschaft, einander verstehen zu wollen und sich auf neue gesellschaftliche Realitäten einzulassen. Akzeptanz, Respekt und Achtung der Menschenwürde sind dabei Grundprinzipien des Umgangs miteinander.

Wir stehen für eine aktive, selbstbestimmte Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben in Pankow. Wir unterstützen deshalb die Förderung und den Erhalt von Projekten, die eine Selbstorganisation befördern. Deshalb tritt DIE LINKE. Pankow für eine stärkere, nachhaltig wirksame und transparente Integrationspolitik im Bezirk ein. Dazu gehört auch die Erweiterung der interkulturellen Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung, in Nachbarschaftszentren, Projekten, Schulen und Kindertagesstätten. Wir wollen die frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern ausbauen und unterstützen die Schaffung von Willkommensklassen und zusätzlichen Kitaplätzen.

5. Willkommen in Pankow

DIE LINKE. Pankow heißt Zugewanderte willkommen. Wir sind uns bewusst, dass die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten auch eine Herausforderung für unseren Bezirk ist. Diese Herausforderung kann nur in Zusammenarbeit von Bund, Land und Bezirk bewältigt werden. Mit dem Konzept »Ankommen. Teilhaben. Bleiben.« hat DIE LINKE. Berlin konkrete Vorschläge für eine humane Flüchtlingspolitik unterbreitet. Es bedarf der Bereitstellung von ausreichenden Aufnahme- und Versorgungskapazitäten in den Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften, die auch der spezifischen Situation von geflüchteten Familien und Frauen gerecht werden. Zudem müssen die Gesundheits- und Wohnraumversorgung sowie die Arbeitsmarktintegration verbessert werden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen besondere Unterstützung, zum Beispiel durch die Übernahme von Paten- und Vormundschaften. Für sie gelten die gleichen rechtlichen Standards wie für alle anderen Minderjährigen. Dafür

braucht es mehr Personal, mehr Geld und mehr soziale Infrastruktur. Auch benötigen die Bezirke mehr personelle und finanzielle Ressourcen, damit dem wachsenden Bedarf an sozialer Infrastruktur Rechnung getragen werden kann.

Ehrenamt soll Ehrenamt bleiben, es kann staatliches Verwaltungshandeln flankieren, es aber nicht ersetzen. Was heute an notwendigen Maßnahmen unterlassen wird, wird in Zukunft für das Gemeinwesen teurer werden. DIE LINKE erkennt in der Zuwanderung positive Entwicklungschancen für die gesamte Gesellschaft. Wir sagen »Willkommen in Pankow«.

5.1 Konsequenz gegen Diskriminierung

Wir leben in einem Land, in dem Menschen respektlos behandelt, beleidigt, angegriffen und sogar getötet werden, weil sie nicht einer vermeintlichen Norm entsprechen. Viele dieser Taten werden nicht zur Anzeige gebracht, weil Opfer Angst vor weiteren Demütigungen oder Rache haben, Diskriminierung verharmlost wird oder Strafverfahren eingestellt werden.

DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass Opfern von Diskriminierung Schutz gewährt wird. Sie sollen bei Strafanzeigen begleitet und unterstützt werden. In einer zentralen Antidiskriminierungsstelle in Pankow sind die verschiedenen Antidiskriminierungs-Beratungsstellen zu vernetzen, um Opfer wie Zeuginnen und Zeugen umgehend zu beraten und sie an die jeweiligen Ansprechpartnerinnen und -partner zu vermitteln. Auch Diskriminierung durch Behördenbeschäftigte muss umgehend durch eine unabhängige Stelle gemeldet und geahndet werden. Wer Vielfalt will, muss sich für den Schutz von Vielfalt einsetzen.

Alle Menschen sind von Geburt an ebenso gleich, wie sie individuell besonders sind. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Miteinander aller – unabhängig von Alter, Religion, Herkunft, Handicaps, Kultur, Geschlecht und sexueller Identität oder Ausrichtung. Jeder Mensch muss die gleichen Chancen für seine Entwicklung bekommen. Deshalb muss die Gesellschaft Menschen mit Handicaps unterstützen und Benachteiligungen abbauen, Hilfe – auch zur Selbsthilfe – anbieten, ohne zu bevormunden.

Ein friedliches Zusammenleben basiert auf einem Fundament von gegenseitigem Respekt und Akzeptanz. Deshalb unterstützt DIE LINKE. Pankow zivilgesellschaftliche Strukturen, die Beteiligung des Bezirkes an Programmen, Aktionsplänen und Projekten, die antidiskriminierende Einstellungen in der Gesellschaft befördern. Ziel ist, dass Inklusion in Pankow zum Alltag wird. DIE LINKE. Pankow geht konsequent gegen Diskriminierung vor und fordert dies auch von der Verwaltung. Jede kommunalpolitische Entscheidung soll auf den Prüfstand der Chancengleichheit gestellt werden.

5.2 Engagiert gegen rechts

DIE LINKE. Pankow wird sich weiter konsequent gegen rechts-populistische und rechtsradikale Meinungen positionieren. Dazu gehört, den Alltagsrassismus zu bekämpfen. Er bildet den Nährboden für menschenfeindliche, rassistische und nationalistische Akteure.

DIE LINKE. Pankow unterstützt daher alle antirassistischen Gruppen, Vereine und Bündnisse, die sich dieser Aufgabe stellen und den Rechten entgegentreten. Wir arbeiten eng mit Initiativen wie »Moskito«, »Kein Kiez für Nazis«, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und anderen Akteurinnen und Akteuren zusammen, fördern Projekte wie das »Pankower Register« und beteiligen uns an Aktionen gegen den Verkauf rechter Bekleidungsmarken. Die Bekämpfung von rechtem Gedankengut ist eine Querschnittsaufgabe. Die Ursachen von Rassismus müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen angegangen werden. Projekte wie »Schule ohne Rassismus« oder die Arbeit der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus sind uns daher sehr wichtig.

Erinnerung heißt mahnen! Die Lehren aus der Nazibarbarei dürfen nicht in Vergessenheit geraten. DIE LINKE. Pankow steht für eine aktive Erinnerungs- und Gedenkkultur. Dazu gehören der Erhalt von Straßennamen und Plätzen antifaschistischer Widerstandskämpferinnen und -kämpfer sowie »Stolpersteine« und Gedenktafeln im Straßenbild. Das Gedenken an die Reichspogromnacht 1938, an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz sowie an die Befreiung vom Faschismus sind wichtige Bestandteile einer antifaschistischen Gedenkpolitik. Zu einer aktiven Erinnerungskultur gehört auch das Gedenken an von Neonazis in jüngerer Geschichte ermordete Personen – wie Dieter Eich.

6. Lebenslanges Lernen

Bildung und Kultur spielen für das gesellschaftliche Leben in Pankow eine bedeutende Rolle.

Für DIE LINKE gilt: Die Kultur- und Bildungslandschaft Pankows muss von der Kita bis zur Volkshochschule ein lebenslanges Lernen für alle Generationen ohne soziale Hürden ermöglichen. Das kann nur im Rahmen einer großen Angebotsvielfalt von öffentlichen und freien Trägern realisiert werden, die für die Erfüllung dieser Aufgaben nachhaltig ausgestattet werden. DIE LINKE fordert deshalb eine quantitative und qualitative Verbesserung von Kitaplätzen sowie ein einfaches und transparentes System der Platzvergabe. Der Ausbau von Schulplätzen muss besonders im Grundschulbereich energisch vorangetrieben und Engpässen im Sekundarbereich bereits heute entgegengewirkt werden. Dabei bedürfen die strukturellen Probleme der Bildungslandschaft, etwa die Übergänge zwischen den Bildungsstufen und -institutionen, einer besonderen Beachtung.

Pankow hat eine breite Vielfalt der Kita- und Schullandschaft. Hier leben viele mehrsprachige Familien und Menschen mit einem hohen Bildungsniveau. Die Heterogenität im Klassenzimmer, in den Kitas und Jugendeinrichtungen ist eine Chance – wenn die speziellen Gegebenheiten und Bedarfe beachtet werden. Wir wollen einem Auseinanderdriften von Bildungsschichten vorbeugen und eine neue Qualität des Zusammenlebens erreichen.

Die von der LINKEN initiierten Gemeinschaftsschulen sind erfolgreich und attraktiv. Von Inklusion profitieren alle. Diese Potentiale können nur wirksam werden, wenn die öffentliche Verwaltung genügend finanzielle Mittel und eine entsprechende Personalausstattung bereithält. Denn Stundenausfall, fehlende Hausmeisterinnen und Hausmeister sowie Sekretärinnen und Sekretäre, unzureichende sozialpädagogische Betreuung an den Berliner Schulen sind Folgen des vom Senat über Jahre geforderten Personalabbaus in den Bezirken. Fehlende Investitionen haben viele Bildungseinrichtungen an die Grenze der Nutzbarkeit geführt.

Aber auch die Angebote von Kultur, Kunst und Weiterbildung entsprechen in Menge und Qualität längst nicht mehr dem Bedarf: Als sogenannte freiwillige Aufgaben sind sie von der Unterausstattung der bezirklichen Haushalte besonders betroffen. Die Bezirke haben kaum Spielräume für die Weiterentwicklung ihrer Angebote in einer sich verändernden Stadt.

Die Pankower Musikschule und die Volkshochschule sind im Berliner Vergleich unterdurchschnittlich ausgestattet. Gleichwohl leisten sie eine hervorragende Arbeit. Zudem müssen Angebote und Zielgruppen permanent hinterfragt und dem Bedarf angepasst werden. Dazu gehört auch die wachsende Zahl von aktiven Seniorinnen und Senioren, deren Ansprüche mehr Berücksichtigung finden müssen. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass es in Pankow mehr Weiterbildungsangebote im Sinne des lebenslangen Lernens gibt. An der Musikschule werden nun beispielsweise auch Kurse für Erwachsene angeboten. Auf Anregung der LINKEN ist Inklusion Handlungsfeld in der Kulturentwicklungsplanung geworden. Die darin formulierten Maßnahmen für eine inklusive Kultur in Pankow haben für uns oberste Priorität.

Gerade Kunst und Kultur sind ihrer Natur nach durch internationalen und interkulturellen Austausch geprägt. Viele Bildungs- und Kultureinrichtungen haben sich mit neuen Angeboten beispielhaft den Herausforderungen gestellt, die mit der Ankunft geflüchteter Menschen und/oder Zuwanderung nach Pankow verbunden sind. Aber auch hier muss der Tendenz begegnet werden, dass staatliche Aufgaben auf das Ehrenamt abgeschoben werden.

Pankow ist Wohn- und Arbeitsort für viele Kulturschaffende. Diese einzigartige Konzentration von Kunst- und Kulturproduzentinnen und -produzenten macht die Prozesse der Verdrängung aus der Innenstadt

und die Vernichtung von Arbeitsräumen so problematisch. Um einen lebendigen Kunst- und Kulturstandort zu bewahren, muss der Bezirk aktiver im Sinne der Stadtentwicklung eingreifen.

6.1 Kita – Bildung von Kindesbeinen an

Die frühkindliche Bildung und Förderung in Kita und Tagespflege ist für DIE LINKE eine zentrale Aufgabe. Wir brauchen für die stetig wachsende Zahl von Kindern im Bezirk eine deutliche Erhöhung der verfügbaren Betreuungsplätze mit großer Angebotsvielfalt. Es bedarf einer besseren finanziellen und personellen Ausstattung für eine Anhebung der Qualitätsstandards in Kitas. Hierbei soll verstärkt die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf berücksichtigt werden. Zudem setzt sich DIE LINKE. Pankow für ein einfacheres System der Vergabe von Kitaplätzen ein.

Wer mehr Kitaplätze will, braucht nicht zuletzt dafür Flächen. DIE LINKE. Pankow tritt daher für ein Grundstückssicherungs- und Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und -betreuungsplätze ein. Die Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms muss auch praktisch möglich gemacht werden. Hierzu schlagen wir vor, dass der Betreuungsschlüssel für Kinder unter drei Jahren angepasst wird.

DIE LINKE. Pankow tritt für eine weitere Teilnahme am »Landesprogramm für eine gute und gesunde Kita« ein, das auch die Beteiligung kleinerer Einrichtungen ermöglicht.

DIE LINKE hat entscheidend dazu beigetragen, dass Pankow Vorreiter bei der Entwicklung von Modellen flexibler Kinderbetreuung ist. Wir streiten nunmehr für die Verankerung solcher bezahlbaren Angebote. Eine gute Betreuung von Kindern muss auch dann gewährleistet sein, wenn Eltern außerhalb der »normalen« Arbeitszeiten erwerbstätig sein müssen. Jungen Eltern, insbesondere den vielen alleinerziehenden Frauen, sollen solche Angebote die Berufsausübung und eigenständige Existenzsicherung ermöglichen.

Zudem treten wir für eine bezirksübergreifende Förderung familienfreundlicher Betriebe ein. Gleiches gilt für die Förderung der Pankower Familienzentren und den Ausbau der Kooperation von Kita und Schule. Damit soll der Übergang von der Kita zur Schule als entscheidender Einstieg in eine neue Bildungsphase erfolgreicher gestaltet werden.

6.2 Angebote für Kinder und Jugendliche

Pankow ist ein kinderfreundlicher Bezirk. Hier gibt es zahlreiche und vielfältige außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche. Pankow hat über 50 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Auch deswegen ist unser Bezirk für Familien attraktiv.

DIE LINKE. Pankow streitet weiterhin dafür, dass es auch in Zukunft diese Vielfalt gibt – eine Vielfalt an Trägern, eine Vielfalt unterschiedlichster Angebote. Für eine öffentliche Daseinsvorsorge ist uns

wichtig, dass wir kommunale Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten. Anders als andere Bezirke wollen wir gerade nicht alle Einrichtungen und Angebote in freie Trägerschaft überführen. Zudem tritt DIE LINKE dafür ein, die Angebote für Kinder und Jugendliche in unterversorgten Stadtquartieren auszubauen. Auch beim Wohnungsneubau müssen ausreichende Begegnungs- und Spielflächen für Kinder und Jugendliche mitgeplant werden.

DIE LINKE begrüßt und fördert Initiativen von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, die in die unmittelbare Nachbarschaft wirken. Durch Kooperation mit Partnern im Sozialraum können thematische Angebote – beispielsweise zu Medienkompetenz, politischer Bildung oder auch Suchtprävention – erweitert und intensiviert werden. Nicht zuletzt beinhalten Angebote und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche immer auch Raum für Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Kommunikation der heranwachsenden Generation. Als Orte der Begegnung ermöglichen sie Kindern und Jugendlichen, sich mit Gleichaltrigen gesellschaftlichen Gegebenheiten zu stellen. Gleichzeitig sind sie wichtige Kommunikationsorte bei der Integration von Zugewanderten. DIE LINKE Pankow tritt in diesem Zusammenhang dafür ein, dass zukünftig ein/e Kinder- und Jugendbeauftragte/r für eine verbesserte demokratische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen ihren Belangen sorgt. Schließlich gelten unser Dank und unsere Unterstützung all denjenigen professionellen wie ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Angebote für Kinder und Jugendliche erst ermöglichen.

6.3 Für mehr und qualitativ bessere Schulplätze

Derzeit leben in Pankow über 19 000 Grundschülerinnen und -schüler. In den nächsten zehn Jahren werden weitere rund 6 100 Kinder hinzukommen. Obwohl in den letzten Jahren fünf Grund- und zwei Gemeinschaftsschulen in Pankow neu eröffnet wurden, fehlen dem Bezirk für die nächsten Jahre mindestens sieben voll ausgebaute Schulstandorte. Das Anwachsen der Schülerinnen- und Schülerzahlen setzt sich in den Folgejahren auch im Oberschulbereich fort.

DIE LINKE Pankow tritt deshalb dafür ein, endlich wieder vorausschauende Planungsprozesse in Pankow zu etablieren. Schulplätze müssen ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für Hortplätze. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Abschaffung der Bedarfsprüfung für Hortplätze und deren Beitragsfreiheit.

Bereits jetzt sind die Schulen oft schon über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus ausgelastet. Der Ausbau der Schulinfrastruktur wird mit jedem Jahr drängender, doch Investitionen in marode Schulgebäude erfolgen nur schleppend. DIE LINKE setzt sich deshalb berlinweit für ein ausreichendes Sanierungs- und Neubauprogramm für moderne und zukunftsfähige Schulbauten einschließlich einer entsprechenden Ausstattung mit Außenanlagen für Sport und Spiel ein. Dem

Sanierungsstau muss begegnet und die bestehenden Kapazitäten müssen erweitert werden. Zudem bedarf es der Entbürokratisierung des Schul- und Sportstättenanierungsprogramms des Landes, denn es führte mit seinen langwierigen Planungen zu kleinteiligen, auf viele Jahre verteilten Bauabschnitten. Schulen in Pankow wurden so zu Dauerbaustellen mit erheblichen Beeinträchtigungen für den Schulalltag.

DIE LINKE. Pankow streitet für die Errichtung weiterer Gemeinschaftsschulen. Wir meinen: Gemeinsames Lernen von der ersten Jahrgangsstufe bis zum Schulabschluss in einem stabilen sozialen Zusammenhang hat Zukunft. Schulen, die Gemeinschaftsschulen werden wollen, werden wir daher in diesem Anliegen unterstützen.

Nicht zuletzt bedarf es einer ausreichenden Zahl an Lehrenden und Erziehenden genauso wie an Hallenwarten, Hausmeisterinnen und Hausmeistern oder Schulsekretärinnen und Schulsekretären.

DIE LINKE. Pankow setzt sich für die verstärkte Vernetzung von Schule mit Angeboten kultureller Bildung, offener Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ein.

6.4 Offensiv für Ausbildung

Der Übergang von der Schule in die berufliche oder universitäre Ausbildung hat für DIE LINKE. Pankow einen besonderen Stellenwert. Die im Berliner Bezirksvergleich niedrige Arbeitslosenquote von jungen Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren sagt jedoch wenig über deren reale Lebensbedingungen aus. Um die Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu senken, setzt sich DIE LINKE. Pankow für den Erhalt und Ausbau der bereits existierenden Projekte der Jugendberufshilfe ein. Doch der Blick auf die spezifische Situation von zugewanderten jungen Menschen muss dabei geschärft werden. Es ist nicht akzeptabel, dass Pankow unter den Schlusslichtern der Berliner Bezirke ist, in denen Jugendliche nichtdeutscher Herkunftssprache prozentual am häufigsten ohne Berufsbildungsreife die Schule verlassen. Für einen erfolgreichen Berufseinstieg unterstützt DIE LINKE. Pankow u. a. die »Ausbildungsoffensive Pankow«. Diese vernetzt Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte und bezirksansässige Betriebe. Sie ist eine Anlaufstelle, um Jugendlichen den Weg in Ausbildung und Beruf zu ebnen. DIE LINKE setzt sich für eine spezifische Förderung von Ausbildungsplätzen für Mädchen und junge Frauen in männertypischen Berufen ein und unterstützt solche öffentlich organisierten Angebote des Bezirks, wie sie mit dem »Girls Day« praktiziert werden.

Eine Ausweitung und Förderung des Angebots bestehender und neuer Ausbildungsplätze ist unerlässlich. Angebote des dualen Lernens spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. Nur durch eine ämterübergreifende gute Kooperation können der Ausbau und die Weiterentwicklung bisheriger Projekte und Angebote zugunsten der jungen Menschen gelingen. DIE LINKE. Pankow fordert und fördert diese Kooperation.

6.5 Für starke Musik- und Volkshochschulen

Die kommunale Musikschule des Bezirks hat zu Recht einen sehr guten Ruf – über die Grenzen Berlins hinaus. Ihre Aufgaben – Kinder und Jugendliche an Musik heranzuführen, Begabungen zu fördern und lebenslange Freude an Musik zu vermitteln – erfüllt sie mit hoher Qualität. Das ist nicht zuletzt auf den im Berliner Vergleich hohen Anteil an fest angestellten Musikschullehrerinnen und -lehrern zurückzuführen. In anderen Bundesländern ist der Anteil fester Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Musikschulen jedoch sehr viel größer. DIE LINKE fordert mehr festangestelltes Personal und mehr Honorarmittel, um die unvertretbar langen Wartelisten abzubauen.

Die Angebote der Volkshochschule Pankow sind qualitativ hochwertig und populär. Pankow gibt (pro Kopf der Einwohnerinnen und Einwohner) weniger Geld für das Verwaltungspersonal der Volkshochschule aus als die anderen Bezirke. Deshalb können nicht alle vorhandenen Potentiale ausgeschöpft und das Programm bedarfsentsprechend weiterentwickelt werden. DIE LINKE tritt für starke, das heißt auch finanziell und personell gut aufgestellte Musikschulen und Volkshochschulen in den Berliner Bezirken ein. Wir lehnen Bestrebungen ab, diese Einrichtungen in einer landesweiten »Behörde« zu verwalten, denn Bürgernähe und Anpassung an die Bedarfe in den verschiedenen Ortsteilen Berlins sind so nicht zu erreichen.

Wir fordern, dass die Angebote der Musikschulen und Volkshochschulen barrierefrei sind und sich im Sinne der Inklusion allen öffnen. In einem nächsten Schritt muss die Zentrale der Volkshochschule, das Gebäude in der Schulstraße, barrierefrei werden. Wir haben die Öffnung der Angebote für alle Altersgruppen bewirkt, und deshalb werden an der Musikschule auch Seniorinnen und Senioren unterrichtet. Damit aus diesem Pilotprojekt ein Erfolg wird, sind Geduld und verstärkte Werbung notwendig, denn viele potentiell Interessierte wissen noch nichts davon. Die Angebote zum Spracherwerb spielen im Programm der Volkshochschule schon jetzt eine große Rolle. Es sind jedoch noch erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um auch den Bedarf an Integrationskursen zu decken. Im Norden des Bezirkes ist bisher kein dem Bedarf entsprechendes Weiterbildungsangebot vorhanden. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen für ein neues Kultur- und Weiterbildungszentrum in Karow-Buch.

6.6 Künste und Kunstschaffende

Unser Bezirk ist Lebensort und Arbeitsstätte vieler Kunst- und Kulturschaffender, die die lebendige Kunstszene Pankows prägen. Als Bezirk mit überdurchschnittlich steigenden Mieten ist der ökonomische Druck auf die zumeist einkommensschwachen, freiberuflich tätigen Künstlerinnen und Künstler sowohl hinsichtlich von Wohnraum als auch bei den Ateliers und Probenräumen besonders bedrohlich. Auch Veranstaltungsräume, Spielorte und Freiräume

sind in den letzten Jahren verschwunden, weil der Verwertungsdruck diejenigen, die die Attraktivität des Innenstadtbereiches gesteigert haben, verdrängt hat.

DIE LINKE fordert von der Bezirksverwaltung, mehr als bisher zu unternehmen, um das Pankower Kulturleben zu bewahren und nachhaltig zu sichern. Auch dem Verlust von Ateliers muss in der Immobilienpolitik deutlich entgegengewirkt werden. DIE LINKE fordert von der Pankower Verwaltung, in diesem Sinn stärker Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu nehmen. Ein wichtiges erstes Projekt ist der Erhalt und Ausbau des Atelierhauses in der Prenzlauer Promenade.

Die kommunalen Galerien spielen eine wichtige Rolle für die Kunstszene, denn sie sind unabhängig vom Kunstmarkt und traditionell den ortsansässigen Künstlerinnen und Künstlern verbunden. Sie bieten auch dem künstlerischen Nachwuchs ein professionelles Podium für kreative Experimente. DIE LINKE hält die kommunalen Galerien für unverzichtbar und hofft auf die baldige Wiedereröffnung der Galerie am Prater.

DIE LINKE. Pankow hat dafür gesorgt, dass die bezirkliche Kulturförderung weiter aufgestockt wird. Ein starkes Ansteigen der Antragszahlen von Pankower Künstlerinnen und Künstlern verschiedener Sparten beweist den großen Bedarf einer ideenreichen Kulturszene. Die wichtigen Beratungsangebote, mit denen sich die Kulturverwaltung als verlässlicher Partner der Freien Kulturlandschaft erwiesen hat, sollen beibehalten und ausgebaut werden.

6.7 Kunst- und Kulturhäuser

Mit der »Brotfabrik« und dem Kulturareal im Thälmannpark verfügt Pankow über zwei große Mehrsparten-Kulturhäuser. Mit Galerien, Theatern, Kino- und Veranstaltungsräumen und Möglichkeiten zur künstlerischen Weiterbildung sind diese Einrichtungen prägend für das kommunale Kulturangebot. Hier gibt es Plattformen der öffentlichen Präsentation und die so selten gewordenen Möglichkeiten der Erarbeitung von darstellender und bildender Kunst. Beide Häuser haben aber durch jahrzehntelang unterlassene bauliche Maßnahmen einen massiven Sanierungsstau. Diesen zu überwinden ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre.

Für das Kulturareal im Thälmannpark stehen inzwischen Mittel für eine umfassende Sanierung zur Verfügung. Wir wollen, dass alle Einrichtungen und Akteure vor Ort davon profitieren und die umliegenden Kieze stärker angesprochen werden. Zugleich sehen wir die Überführung in den Nießbrauch einer Treuhänderin des Landes Berlins kritisch. Unser Interesse ist es, die hohe Qualität und Professionalität des Programms – wie es etwa das »Theater unterm Dach« oder die »Wabe« bieten – zu erhalten.

Auch das Gebäude der »Brotfabrik«, in dem der Träger »Glashaus e.V.« seit mehr als 25 Jahren ein anspruchsvolles und mehrfach prämiertes Programm anbietet, muss dringend saniert werden. Bisher hat sich der Bezirk dieser Aufgabe nicht gestellt. DIE LINKE. Pankow will dieses Investitionsvorhaben wieder auf die Agenda heben.

Für das ehemalige Kulturhaus »Peter Edel« wurde noch kein zukünftiger Betreiber gefunden. DIE LINKE begleitet die schwierige Suche mit großer Aufmerksamkeit. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass dieses Gebäudeensemble bald wieder kulturell genutzt werden kann.

6.8 Museum und Gedenken

Mit dem regionalgeschichtlichen Museum Pankow im Sebastian-Haffner-Zentrum an der Prenzlauer Allee und den Ausstellungsräumen in der Heynstraße und der Dunckerstraße leistet Pankow vor Ort einen qualitativ hochwertigen Beitrag für die Geschichtsarbeit. Es gilt, Geschichte im Bewusstsein zu halten, vielfältige Angebote für die individuelle oder kollektive Identitätssuche zu unterbreiten, Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit sinnlich erfahrbar zu machen und so immer wieder dazu anzuregen, aus den Tragödien und Verbrechen der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen. Geschichtsarbeit ist Arbeit an der Zukunft. DIE LINKE. Pankow tritt ein für die angemessen finanzierte Realisierung weiterer spannender Projekte des Erforschens und Rememberns.

Viele »Stolpersteine« und andere Gedenkzeichen im Bezirk erinnern an den Widerstand gegen den Faschismus und an die Opfer des Holocaust, an Verfolgung von Andersdenkenden, von Schwulen und Lesben, Sinti und Roma, Andersgläubigen und »Lebensunwerten« durch die Nazis. DIE LINKE. Pankow unterstützt die Initiative des Runden Tisches Blankenfelde für einen Gedenkort am ehemaligen »Krankensammellager für arbeitsunfähige Ostarbeiter«. Die Aufarbeitung der Geschichte des Massenmordens und der Zwangssterilisationen in den medizinischen Einrichtungen von Berlin-Buch ist mit der Errichtung eines Denkzeichens für die Opfer der »Euthanasie«-Morde noch lange nicht abgeschlossen und sollte einen gebührenden Platz in der staatlichen Forschung finden.

DIE LINKE. Pankow tritt für eine kritische Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Pankower Geschichte einschließlich der DDR-Zeit ein.

Um die Leistungen von Frauen in das öffentliche Bewusstsein zu tragen, wollen wir ihren Anteil bei den Benennungen von Straßen und Plätzen im Bezirk deutlich erhöhen.

6.9 Bibliotheken

Die öffentlichen Bibliotheken sind die populärsten Kultureinrichtungen der Stadt. In den Nutzungszahlen zeigen sich die ungebrochene Lust am Lesen und die Bedeutung der Stadtbibliotheken für die Stadt-

gesellschaft. Leider ist das Netz der Bibliotheksstandorte in den Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung massiv ausgedünnt worden. Auch in Pankow sind nur größere Standorte erhalten geblieben, viele Kiezbibliotheken wurden geschlossen. Immer noch ist durch das Fehlen von Personal die Lage angespannt, die Arbeitsfähigkeit der Bibliotheken besonders im Norden des Bezirkes bedroht.

DIE LINKE. Pankow setzt sich dafür ein, dass der Medienetat mit der Bevölkerungsentwicklung dynamisch wächst. Anhand der Anzahl von Entleihungen zeigt sich, dass ein Bestand mit attraktiven und aktuellen Medien zum Bibliotheksbesuch motiviert. Inklusion bedeutet für Bibliotheken, dass keine materiellen Barrieren ihre Nutzung erschweren oder gar unmöglich machen. Inklusion bedeutet aber auch, dass die Angebote der Bibliotheken alle Pankowerinnen und Pankower ansprechen. Bei den Medien bedeutet das zum Beispiel, dass neben Büchern in großer Schrift zum Beispiel auch Bücher in einfacher Sprache und originalsprachige Ausgaben bereit stehen sollten. Die Bibliotheken sollten ein Abbild der Vielfalt der Stadt sein

Bibliotheken sind Orte der sozialen Begegnung, dienen als Räume für die Erledigung von Schulaufgaben und für kulturelle Veranstaltungen. Mit der Leseförderung werden die Nutzerinnen und Nutzer von morgen mit den Bibliotheken vertraut gemacht. Dafür wird mehr geschultes Personal und eine deutlich bessere Ausstattung gebraucht.

Wohnortnähe ist ein wichtiger Attraktivitätsfaktor von Bibliotheken. Auch Nutzergruppen mit eingeschränkter Mobilität, wie Kinder oder Seniorinnen und Senioren, sind auf eine einfache Erreichbarkeit angewiesen. Deshalb lehnt DIE LINKE. Pankow Standortschließungen ab. Wir fordern darüber hinaus, dass für die wachsende Stadt auch ein Ausbau des Bibliotheksnetzes erfolgt. Für den Norden des Bezirkes befürwortet DIE LINKE die Schaffung eines spartenübergreifenden Kulturzentrums. Dabei muss die Planung auch die Belange des Ortsteils Karow berücksichtigen.

Die ehrenamtlich geführten Bibliotheken in Wilhelmsruh und Französisch-Buchholz haben unsere volle Unterstützung. DIE LINKE. Pankow hat sich konsequent für die von Ehrenamtlichen betriebene Kurt-Tucholsky-Bibliothek (im Ortsteil Prenzlauer Berg) eingesetzt. Wir halten am Ziel fest, dass diese Bibliothek wieder mit professionellem Personal besetzt wird. Dazu muss der Bezirk in die Lage versetzt werden, neue Stellen zu schaffen und Außenbesetzungen durchzuführen.

7. Sport

Die vorhandenen Möglichkeiten für Schul- und Vereinssport sowie den Individualsport reichen in Pankow nicht aus.

DIE LINKE. Pankow fordert daher eine verbindliche und den aktuellen Erfordernissen angepasste Sportstättenentwicklungsplanung.

Engpässe müssen identifiziert und notwendige Bedarfe benannt werden. In diesem Zusammenhang haben Pflege und Unterhaltung von Sportanlagen für uns Priorität. Nur wenn Sporteinrichtungen regelmäßig gewartet werden, können langfristig gute Bedingungen für Sportlerinnen und Sportler gewährleistet werden.

Bezirkliche Sporteinrichtungen müssen allen Nutzerinnen- und Nutzergruppen zur Verfügung stehen. Sportgruppen für Kinder und Jugendliche ist dabei Vorrang einzuräumen. Um den Bedürfnissen aller gerecht zu werden, tritt DIE LINKE dafür ein, dass Möglichkeiten bei der Nutzungszuweisung bis 22 Uhr ausgeschöpft werden. DIE LINKE wird sich darüber hinaus in die Umgestaltung des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks aktiv einbringen und den vom Berliner Senat verantworteten Prozess im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks begleiten.

DIE LINKE setzt sich gegenüber dem Berliner Senat und den Berliner Bäderbetrieben dafür ein, dass endlich die notwendigen Investitionen in die Thomas-Mann-Schwimmhalle getätigt werden. Sie muss wiedereröffnet werden. Zudem tritt DIE LINKE für eine wettkampftaugliche 50-Meter-Halle im geplanten neuen Kombibad an der Wolfshagener Straße ein. Die derzeitigen Planungen für ein 25-Meter-Trainingsbecken genügen weder dem aktuellen Bedarf noch entsprechen sie der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung in Pankow. DIE LINKE meint: Die soziale und integrative Funktion des Sports verdient unser Augenmerk. Sport ohne Gewalt und Rassismus, die Respect Gaymes und die Ehrung ehrenamtlich Engagierter gehören zu den lebendigen Traditionen im Bezirk. Sportvereine sind nicht zuletzt Garanten für bezahlbare Sportangebote für alle. Sie bedürfen daher einer Stärkung ihrer Arbeit.

Impressum

DIE LINKE. Pankow
Fennstraße 2
13347 Berlin
Telefon: 030/44 01 77 80
bezirk@die-linke-pankow.de
www.die-linke-pankow.de
V.i.S.d.P. Sören Benn

www.die-linke-pankow.de